

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Knobloch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Knobloch und Dresden-Altkönig

Abonnementpreise: jährlich einschließlich Frangierlohn vom 1. bis 15. August 35.000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 26.000,— M., Einzelnummer 4.000,— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Verkaufsstelle: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 6spaltige Kopierzeile 5000,— M., auswärts 6000,— M., die 8spaltige Reklamazeile 25.000,— M., auswärts 30.000,— M., Ausland 20.000 u. 30.000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangeh., Stellen- u. Reisegebühren 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung 2000 M.

Nr. 177

Dresden, Mittwoch den 1. August 1923

34. Jahrg.

Aus der Kossbach-Kloake

Die Untersuchung des vor etwa sechs Wochen aufgegebenen Fememordes an dem Landwirtschaftsbelehren Radow ist bekanntlich den mecklenburgischen Justiz- und Polizeibehörden ertragen und dem Staatsgerichtshof übergeben worden. Während nun der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt in Mecklenburg die Angelegenheit als ein gewöhnliches Verbrechen behandeln und die politischen Drahtzieher und Mittwisser aus der Kossbach-Organisation unbehelligt lassen, hat es den Anschein, daß der Staatsgerichtshof diesmal entschlossen ist, ganze Arbeit zu machen und die Kossbach-Kloake auszubreiten. So ist bis jetzt das Strafverfahren gegen nicht weniger als 17 Angehörige der Kossbach-Organisation eröffnet worden, die sich alle bis auf einen, der noch flüchtig ist, bereits in Haft befinden, entweder als Täter oder als Anstifter bzw. Begünstiger.

So ist auch der Haupttäter, der Fährlich Höp, der nach dem Tode von seiner Organisation nach Oberschlesien dirigiert worden war, dort kürzlich ergriffen und nach Leipzig transportiert worden. Des Weiteren befinden sich im Leipziger Untersuchungsgefängnis folgende an der Ermordung Radows unmittelbar beteiligte Landwirtschaftsbelehren oder Landarbeiter: Karl Jurisch, Heinrich Köhl, Ulrich Miegner, Georg Pfeifer, Ernst Wisemeier und Karl Jabel. Flüchtig ist nur noch der Kossbachmann Benz, der früher der Schöneberger-Schutzpolizei angehörte und aus dieser entlassen worden war. Als Anstifter oder Begünstiger sind verhaftet worden: der Gutbesitzer Martin Wornann bei Parchim, Oberleutnant von Lovis, Leutnant Bruno Friede, Leutnant von Madarsen, Leutnant zur See Thomsen, die in dem sogenannten „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung“, der Kossbachfiliale für Mecklenburg, führende Stellungen als Bezirksleiter bekleideten. Endlich sind als Begünstiger auch vier führende Köpfe der Bannseer Kossbachzentrale verhaftet worden, und zwar die beiden Privatsekretäre Kossbachs, Richter und Fernhorst, ferner ein Leutnant Köpfe und von Lettendorff, die beide bereits anlässlich des ersten Verfahrens gegen Kossbach nach in Untersuchungshaft genommen worden waren. Ob das Verfahren auch auf die beiden Leiter der deutschösterreichischen Freiheitspartei in Parchim, den Kaufmann Masolle und den Fabrikanten Theo von Harz, ausgedehnt werden wird, hängt

noch von den weiteren Ergebnissen der Untersuchung ab, die in den nächsten Tagen abgeschlossen werden dürfte.

Die mecklenburgischen deutschösterreichischen Verschwörerorganisationen wurden neuerdings durch einen Prozeß gegen unser Mecklenburger Parteimitglied beleuchtet. Die Volkszeitung hatte vor einigen Monaten ein Geheiminterview des deutschösterreichischen Schutz- und Trugbundes, Gau Mecklenburg, veröffentlicht, in dem unterhält um Geld und Freiwillige für die Zwecke des deutschösterreichischen Schutz- und Trugbundes geworben wurde. Die Vorgeschichte des Staatsprozesses weist recht interessante Momente auf. Der Staatsanwalt hatte seinerzeit die Erhebung der öffentlichen Anklage abgelehnt. Dann hatte sie der Oberstaatsanwalt verfügt. Der Justizminister hat die Verfügung des Oberstaatsanwalts für einen Mißgriff für total falsch erklärt. Gestirbt der Oberstaatsanwalt sagte ab dann, er würde die Erhebung der öffentlichen Anklage nicht verfügt haben, wenn er über den deutschösterreichischen Schutz- und Trugbund genügend orientiert gewesen wäre. Schon daraus ergibt sich, daß der Prozeß auf einem Versehen, auf Unkenntnis des Staatsanwalts, beruht. Dem der mecklenburgische Justizminister deshalb mit Recht beschweigte, daß dieser Prozeß nur den Kaufmann ausweisen könne, als Begünstiger der Staat den deutschösterreichischen Schutz- und Trugbund, dem bekanntlich die Parchimer Nordjäger angehört und der ferner die Nordjäger gegen Rathenau lieferte.

Die Hauptzeugen waren der ehrenamtliche Vorsitzende des Gau Mecklenburg des deutschösterreichischen Schutz- und Trugbundes, ein gewisser Bode, Angeklagter im Rathenau-Prozeß, und der Telegraphenbetriebsleiter H. Straede, dem die Mecklenburgische Volkszeitung den Vorwurf gemacht hatte, daß die deutschösterreichische Schutz- und Trugorganisation für einen von der Republik bezahlten Beamten immerhin selbst amnistierte. Der ehrenamtliche Hauptzeuge entpuppte sich in der Sitzung als überraschend jung für den Posten des Vorsitzenden. Im übrigen gaben sich die beiden Hauptzeugen als durchaus harmlose Zeitgenossen aus. Straede sagte unter Eid aus, daß er überhaupt nicht gewagt habe, daß Bode seinen Namen unter das Jügelband setze. Er wolle nicht wissen, wie er Mitglied des Gau Mecklenburg geworden sei, hat aber nichts dagegen einzuwenden gehabt, als er seine Wahl überhaupt erst hinterher mündlich erfuhr. Als einer der angeklagten Redakteure ihn fragte, ob er sich nicht bei den Sägen „von Leib und Leben aufpassen“ usw. gewacht habe, erklärte Straede, „das alles ist ganz harmlos“. Ebenso harmlos will der Herr Bode die Säge aufgefaßt haben. Die katzbühnen, entschlossenen Leute, die bereit waren, „Leib und Leben zu opfern“, wollte er der Reichswehr zuführen. Diese Ausreden erschienen so faul, daß selbst das Gericht anfangs Bedenken trug, diesen Zeugen zu vereidigen. Die Verteidigung erfolgte erst auf Antrag des Rechtsbeistandes des Bode gegen Schluß der Sitzung.

Das Urteil lautete auf insgesamt 1.200.000 M. Strafe wegen Beleidigung. Mit dieser Verurteilung und insoweit Begünstigung der deutschen Abenteuer durch die Justiz werden sich unsere Genossen nicht abfinden. Gegen das Urteil ist bereits Einspruch erhoben.

England, Frankreich und Deutschland

Von einem Engländer

England interessiert sich politisch sehr wenig für Deutschland. Wirtschaftlich aber ziemlich stark. Man ist Gegner jeder Entwicklung, die eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen hindert. Infolgedessen ist man Gegner der Ruhrbesetzung. Englische Juristen sind zwar der Meinung, die Ruhrbesetzung sei illegal und ein Teil der Presse (nicht nur die liberale) verurteilt die unmenschlichen Methoden der französischen Besetzungsbehörden, aber von einer allgemeinen Entziehung ist in England überhaupt nichts zu spüren. Wohl ist aber der Mißmut der englischen Geschäftswelt über die Störungen, die der Handel durch die Ruhrbesetzung erleidet, ganz beträchtlich. Er ist sogar ein wenig übertrieben und der phantastische Gedanke, die Arbeitslosigkeit in England jetzt auf die Ruhrbesetzung zurückzuführen, fängt allmählich an, besonders bei heftig eingestellten Linksozialisten, am Boden zu gewinnen.

Ferner sieht man mit einer gewissen Besorgnis dem sogenannten deutschen Zusammenbruch entgegen, ohne sich eigentlich klar zu machen, wie sich ein solcher Zusammenbruch gestalten werde. Auch hier denkt man eher wirtschaftlich als politisch. Ob die deutsche Regierung eine konservative, eine sozialistische oder eine Koalitionsregierung ist, hat für den Engländer wenig Interesse. Aber die Zerrüttung der Währung und die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Chaos wirken recht beunruhigend. Von diesem Standpunkt aus betrachtet man auch die Möglichkeit eines deutschen Bürgerkrieges. Vor einem Sieg des Faschismus hat man keine Angst, wohl aber vor Unruhen, die allgemein störend wirken könnten, und auch, aus gleichen Gründen, vor kommunistischen Erfolgen. Mit Recht oder Unrecht ist man der Auffassung, Faschistenherrschaft bedeute Ordnung und Kommunismusherrschaft bedeute Unordnung. Die Art der Ordnung bleibt nebensächlich.

Man macht sich in Deutschland Illusionen, wenn man glaubt, England besitze eine etwaige Hegemonie Frankreichs in Europa. Man hat gewiß Bedenken, Frankreich könne sich dauernd im Ruhrgebiet und im Rheinland festsetzen und könne dadurch die Idee des sogenannten Montantristis verwirklichen und nicht nur den Eisenmarkt der Welt beherrschen, sondern auch eine Kriegsindustrie ersten Ranges aufbauen. Derartige Gedankenansätze sind ein wenig zu grandios und doch wohl mit Skepsis zu betrachten. Jedenfalls erwecken sie in England sehr geringe Besorgnis. Im allgemeinen würde man es sogar begrüßen, wenn ein Zusammenarbeiten der deutschen und der französischen Industrien zustande käme, denn dadurch würde eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage gefördert. Um endlich einmal stabile Verhältnisse auf dem europäischen Festland zu erzielen, würde man eine etwaige gesteigerte Konkurrenz auf dem Kohlen- und Eisenmarkt in Kauf nehmen.

Der angebliche französische Machtwille an sich erweckt in England weniger Besorgnis als der Versuch, ihn zu verwirklichen. Denn derartige Versuche, ob sie erfolgreich auslaufen oder nicht, bedeuten immer wieder neue Störungen, Komplikationen, Unruhen und bereiten das Hauptziel der englischen Politik in Europa, die Rückkehr zu normalen Verhältnissen.

Die Engländer haben wenig Sympathie für Deutschland, denn sie haben den Krieg noch nicht vergessen. Der wegen seiner Deutschfreundlichkeit in Deutschland oft zitierte Journalist und Parlamentarier E. D. Morel ist in England kaum bekannt und hat nicht den geringsten Einfluß. Immerhin fängt Deutschland an, in der englischen Geschäftswelt eine beschränkte Hochachtung zu genießen. Man würdigt die deutsche Lichtheit und großartige Unternehmungskraft. Die verhältnismäßige Anzuchtlichkeit der Franzosen auf diesem Gebiet bleibt auch nicht unbeachtet und gerade deshalb ist man sehr skeptisch dem angeblichen französischen Annelouisismus gegenüber und glaubt nicht recht daran, daß es den Franzosen auf die Dauer gelingen wird, Deutschland niederzuhalten.

Man darf nicht vergessen, daß der englisch-französische Gegensatz sich nicht nur auf die Ruhrfrage beschränkt. Der Angoravertrag war eine viel schroffere Vertragsverletzung und eine viel kräftigere Gefährdung englischer Interessen als der Einmarsch in das Ruhrgebiet. Der englisch-französische Gegensatz beruht vor allem auf französischen Rüstungen zur See und in der Luft. Er würde weiter bestehen, selbst wenn sich Frankreich mit England in der Ruhrfrage verständigte. Es ließe sich aber auch ein großzügiger englisch-französischer Ausgleich denken, bei dem das Schicksal des Ruhrgebietes doch in Frankreichs Händen bliebe.

Das Ruhrproblem ist eben nur ein Teil des Gesamtproblems der englisch-französischen Beziehungen. Dabei ist es aber doch zu einem genügend wichtigen Teil geworden, um die englische Regierung zu veranlassen, eine Lösung anzustreben. England arbeitet vorläufig nicht auf einen Bruch mit Frankreich hin. In der Ruhrfrage geht die allgemeine Tendenz der englischen Politik nicht dahin, sich von dem Versailler Vertrag loszusagen, sondern Frankreich in die Vertragsstrahlen zurückzudrängen. Italien ist so ziemlich für die englische Sache gewonnen, und von den vielen Fäden, die Belgien an Frankreich knüpfen, sind einige schon gerissen. Man rechnet mit der Möglichkeit, Frankreich innerhalb der Reparationskommission, d. h. auf dem Boden des Versailler Vertrags, zu überstimmen.

Bei einer derartigen Entwicklung bekommt der Völkerbund eine ganz neue Bedeutung, da sich seine Grundsätze in diesem Falle mit den Richtlinien der englischen

Der ausgehobene Dresdner B. O.

Man wird sich erinnern, welches Geschrei die bürgerliche Presse erhob, als feinerzeit in Dresden die Dienstadt-Berufsausschüsse ausgeschrieben wurden. Da durften sich friedliche Menschen nicht friedlich verhalten, und friedliche Unschuldskammer waren ja alle die damals Stilleren. Aber über den Fiskus am Sonntag schmeißt die bürgerliche Presse sich aus oder schreibt ein kleines verstedtes Notizen darüber. Warum wohl? Weil fast die ganze illustre friedliche Gesellschaft der ewigen Dienstadt-Anfassen von der Wehrde wieder mit aufgefischt worden ist. Wir nennen hier nur Herrn Jäger von Dresden-Stadt und den Leuter Wumentritt aus Dobitz, den Viebling seiner Kollegen und der Elternschaft.

Von neuem ist zu melden, daß am gestrigen Dienstag die Festnahme des Hauptmanns a. D. und kaufmännischen Angestellten Eberhard Siemens von Lier erfolgt ist. Er hat neben dem verhafteten Major a. D. Köfler den B. O. (bürgerliche Ordnungsdienst) mit organisiert und sich bei der Bewaffnung desselben aktiv mit beteiligt.

Die Bewaffnung des B. O. ist feinerzeit im Hotel Bristol beschloffen worden von einem dort gewählten Ausschuss. Dieser hat neben dem allgemeinen Familienrat noch besondere Bestimmungen über die innere Organisation und den Aufbau des B. O. herausgegeben, in denen u. a. auch die Austrittung der Mitglieder mit Gummis- und Stahlschlägern vorgesehen ist. Unterzeichnet haben diese Richtlinien Prof. Dr. Weikner vom Werkbund der sächsischen Industriellen, Prof. Dr. Pilg, Major a. D. Köfler und Hauptmann a. D. Siemens. Siemens und Köfler haben die Bewaffnung in die Wege geleitet. Die Gummischläger sind bereits vor zwei Monaten durch Siemens bei einer tiefen Firma angekauft und an Köfler zur Verteilung an die „Scharführer“ ausgestellt worden, die dann die Einzelverteilung besorgten. Die Vergütung der Waffen besorgte Köfler. Das Geld ist durch freiwillige Spenden von hiesigen Bürgern aufgebracht worden. Listen wurden nicht geführt. Die Gummis, so z. B. Siemens, haben die Geldgeber natürlich „berastet“. Die Hauptsumme ist jedoch durch die Hände des Dr. Weikner gegangen, der in Industrie- und Geschäftskreisen gute Verbindungen hat, und durch ihn an Köfler gelangt.

Der Reliquien-Sachdienstreif bemerkt sich, diesen Gummischläger-Ordnungsdienst als harmlos hinzustellen und erklärt: Es wird behauptet, daß die Verhafteten mit Revolvern, Seitengewehren, Sämmern usw. bewaffnet gewesen seien. Einwandfrei ist festzustellen, daß ein einziger der Verhafteten, ein junger Mann, ohne Waffen und Willen des Führers des B. O. einen Hammer, ein altes französisches Seitengewehr und einen Revolver bei sich führte.

Mit diesem Schwächungsversuch vergleiche man folgende von der Polizei aufgestellte Liste der bei der Verhaftung abgenommenen Waffen: In der Ausstellung wurden abgenommen: 2 Dolche, 1 Hammer, 2 Gummischläger, 5 Schlagringe, 3 Seitengewehre, 1 Hirschfänger, 2 Stahlschläger. In der Ausstellung wurden vorgefunden: 19 Gummischläger, 1 Trommelrevolver, 1 französisches Bajonett, 4 Schlagringe, 2 Koffschläger, 2 Stahlschläger. Eine Durchsicht bei Mitgliedern des B. O. förderte 81 Gummischläger, 10 Stahlschläger, 1 Revolver mit Patronen gelad.

Peru verzichtet dankend

Das hiesige peruanische Konsulat bittet uns, mitzuteilen, daß es eine „Peruaner Auswanderergesellschaft“ nicht kenne. Das Konsulat erkennt nur Auswanderer an, die ihm von den deutschen Behörden genehmigt werden und die es als durchaus einwandfrei betrachten kann.

Als Mitglieder einer Peruaner Auswanderergesellschaft hatten sich bekanntlich verschiedene der am Sonntag Verhafteten bezeichnet. Und die militärischen Exzessitäten auf dem Heller sollten diese „Auswanderer“ angeblich für den Kampf gegen „feindlichen peruanischen Indianern“ führen.

Tagesordnung der ersten Reichstags-Sitzung

Aus dem Reichstage wird uns berichtet: Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung, die für Mittwoch den 8. August, nachmittags 3 Uhr, anberaumt ist, steht vorläufig die erste Lesung des Rhein- und Ruhrgesetzes und der Entwurf eines Stenerergänzungsgesetzes. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Gesetze vorliegen und die Goldanleihe, die in diesen Tagen die endgültige Fassung durch das Reichskabinett erhalten, ebenfalls auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen werden. Voraussichtlich wird nicht nur Reichsfinanzminister Dr. Vermes diese Vorlagen als Reformminister begründen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Auffassung der Regierung über die allgemeine inner- und außenpolitische Lage vor dem Parlament zu vertreten.

Die vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Unterredung mit Cuno beauftragten Vertreter werden am Mittwoch von dem Reichskanzler empfangen werden. Zur Erörterung steht die Auffassung der Reichstagsfraktion über die allgemeine inner- und außenpolitische Lage.